

BVMW – Wirtschaftsregion Dresden

zwischen Riesa-Zittau und Weißwasser-Altenberg
(Entwurf – Stand 19.06.2019 – Beschlussvorlage für MiTag)

Positionspapier des BVMW-Wirtschaftsregion Dresden zur Landtagswahl am 01.09.2019 **„Wir fordern und engagieren uns!“**

Forderungen des Mittelstandes an sächsische Parteien für die Entwicklung einer zukünftigen Metropolregion

Die Zukunft ist regional – auch in einer globalisierten Welt, die komplexer und schneller wird.

Durch Digitalisierung, den politisch bestimmten Kohleausstieg (Energiewende mit all den durch die Politik verursachten unkalkulierbaren Risiken), sowie den demografischen Entwicklungen mit der Zuspitzung des Fachkräftemangels, sind Herausforderungen für Mittelständler zu meistern, wofür die Politik konkrete politische Rahmenbedingungen schaffen muss, um die auf dem Mittelstand basierende Wettbewerbsfähigkeit der Region zu garantieren.

Disruptionen sind nicht mit einem „Weiter so!“ zu bewältigen! Es braucht einen Strukturwandel auch im Herangehen! Das bisherige Schrittmaß und die Prioritätensetzungen müssen präzisiert werden.

Die Konstituierung einer Metropolregion nach dem „Bottom-up“-Prinzip wäre dafür ein guter Plan, und hat Vorteile für die Region, dem Mittelstand, den Kommunen, wie den Bürgern:

- Das koordinierte Zusammenwirken der Kommunen hätte eine verantwortliche Plattform, die die Region bekannt und auf sie aufmerksam macht.
- Wir können eine Region größer denken, schaffen gemeinschaftliche Erzählungen (Narrative) mit denen sich alle Bürger identifizieren können, Stolz auf das Erreichte entwickeln und Zerrissenheit ausgehalten wird, wir sind gemeinsam attraktiver.
- Die Vernetzungen der Wirtschaft, auch mit den enormen Wissenschaftspotentialen wird in neuen Wertschöpfungsketten und regionalen Wirtschaftskreisläufen aktiviert.
- Regionales Standortmarketing entwickelt mehr Kraft.
- Wir haben die Chance uns im Wettbewerb der Regionen ein Alleinstellungsmerkmal zu erarbeiten: Die Vielfalt der vorhandenen Potentiale, die enge Verflechtungen von Stadt und Land, sowie deren Erreichbarkeiten ziehen qualifizierte, engagierte, innovative Mitarbeitern an, die zu uns passen.
- Wir rücken unsere Wirtschaftsregion als offene Region mit gezielter Willkommenskultur ins Zentrum von Europa.

Was haben wir als BVMW in der Wirtschaftsregion bisher dafür getan?

- Einen Politischen Beirat mit einem konkreten Handlungskonzept konstituiert.
- Das Handlungskonzept ist Basis für dieses Positionspapier.
- Neue Impulse für die Kommunikation mit Sächsischer Staatskanzlei, Finanzministerium, einigen Landräten und engagierten Oberbürgermeistern gesetzt, die mehr zum gegenseitigen Verstehen beigetragen haben.
- Regionale Treffen der Unternehmer fördern das Zusammenwirken; ihr gesellschaftliches Engagement wächst.
- Enge Verbindungen zu den BVMW-Regionen Chemnitz, Leipzig und Cottbus sichern den Kontakt über die Region hinaus.

Die Kommunikation von Mittelstand und Politik ist im vorpolitischen Raum auf allen Ebenen dringend so zu intensivieren und neu im Interesse der Stärkung der Demokratie zu konzipieren, dass die Positionen des Mittelstandes spürbar in praktisches Handeln der Politiker und Mittelständler einfließen.

Als BVMW sind wir dafür bereit!

Deshalb fordern wir als BVMW in der Wirtschaftsregion Dresden von allen Parteien die 2019 in den Sächsischen Landtag streben:

- 1. Eine Metropolregion zwischen Riesa-Zittau und Weißwasser-Altenberg um die Metropole Dresden konstituieren und dabei auch über die Landesgrenzen bis Breslau und Liberec denken.**
 - Mit Unterstützung des Freistaates wird ein innovatives Modell nach dem „Bottom-up“-Prinzip entwickelt, bestimmt wie die Zukunft einer solchen Region überhaupt aussehen kann und dabei der Mittelstand über seinen Interessenvertreter BVMW aktiv einbezogen ist!
 - Die unnötigen, verzerrenden Vergleiche von Metropole Dresden und ländlichen Räumen müssen aufhören. Es gilt stärker Gemeinsamkeit und Spezifika einer Gesamtregion zu erkennen.
 - Der Mittelstand erwartet endlich Antworten, wie Städte und ländliche Regionen so zusammenwirken, dass beiderseitige Potentiale, Wachstum in der gesamten Metropolregion erzeugen und die Ertragsfähigkeit des heimischen Mittelstandes steigt.
 - Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität muss oberste Priorität haben; der Kohleausstieg ist eine Chance für die gesamte Region, muss so begriffen werden; wofür es durchsetzungsfähige sächsische Strukturen und verbindliche Bundesgesetze; inkl. eines Planungsbeschleunigungsgesetzes zur Absicherung der Perspektive bedarf.
 - Mit unserem Politischen Beirat der BVMW-Wirtschaftsregion Dresden werden wir aktiv an diesem Prozess mitarbeiten und Aktivitäten unternehmen.

- 2. Die Stärke der Region wird langfristig durch die mittelständischen, eigentümergeführten, heimischen Unternehmen mit ihren innovativen Mitarbeitern getragen.**
 - Der Landtag beschließt Kriterien, was es heißt „Mittelstands- und Familienfreundlichkeit“ zum Gütesiegel für Sachsen, die Landkreise und Städte zu machen und so Vergaben, Förderpolitik, Bürokratieabbau, Verwaltungshandeln zu gestalten.
 - Wir lehnen jegliche staatliche Eingriffe in die Lohnpolitik ab und betrachten die Aussage, dass nur tarifgebundene Löhne, faire Löhne wären als mittelstandsfeindlich. Aber andererseits treten wir dafür ein, dass die Region das Image als Billiglohngebiet ablegt und entwickeln gemeinsam eine Initiative, wie die Löhne auf der Grundlage höherer Produktivität und damit verbundener Employer Branding Strategien nach dem Prinzip „Leistung zählt“ steigen können. Mittelstand wie Politik erkennen, dass die Stärke der Region in ausreichenden und qualifizieren Mitarbeitern liegt.
 - Gemeinsam wird mit dem BVMW in der Region eine Modell-Initiative / Wettbewerb „Mittelstandsfreundliche Gemeinde der Region“ entwickelt und 2020 erstmals organisiert.

- 3. Besonderes Augenmerk wird zukünftig und in der praktischen Politik spürbar auf die Wertschätzung der potentiellen heimischen Hidden Champions gelegt.**

Politiker und Verwaltungen verstehen wie diese Unternehmen funktionieren und optimieren konsequent die Rahmenbedingungen für diese Unternehmen. Dafür wird im Zusammenwirken mit dem BVMW ein Modell-Projekt entwickelt.

 - Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen müssen als Priorität gelten:
 - Entwicklung vorhandener, heimischer Unternehmen, statt Ansiedlung neuer Unternehmen, die letztlich den Fachkräftemangel verstärken und den Abwärtungsdruck erhöhen
 - Produktivitätszuwachs in den Unternehmen des industriellen Bereiches, wie bei denen die sich mit Datentransfers beschäftigen und Mehrwerte schaffen, um die Wertschöpfung in die Region zu holen.

4. Ausstattung und Sicherung der Handlungsfähigkeit der Ankerstädte

- Es liegt in der Verantwortung der Landesregierung leistungsfähige Ankerstädte (Klein – und Mittelstädte) zur Sicherung der Funktionalität im ländlichen Raum und bestimmten Alleinstellungsmerkmalen zu entwickeln.
- Bereitstellung ausreichender Finanzen
FAG – der kommunale Finanzausgleich darf keine „Gießkanne“ sein.
- Kultur- und Sportstätten erhalten und z.B. ein regionales Leistungszentrum Eishockey in Weißwasser etablieren.
- Verkehrs – und Abfallverbände vereinen – die Tarife attraktiv machen, dabei unbedingt die Verbesserung des Nahverkehrs und der Tarife für Berufspendler, wie auch für Auszubildende und BA-Studenten erreichen.
- Gewerbeflächenangebote dringend verbessern und als Region vermarkten.
- Zusammenschlüsse von Gemeinden intensiver und differenzierter voranbringen, um wachsende leistungsfähige Ankerstädte flächendeckend zu entwickeln.

5. Erreichbarkeit und Mobilität wird mit dem zielgerichteten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur spürbar verbessert.

Wir fordern einen zeitlich fixierten Prioritätenplan, der sich an den Bedarfen (auch der Pendler und Touristen) orientiert und als verlässliche Entwicklung abgesichert ist.

- Sechsspurige A4 von Dresden –Nord bis polnische Grenze
- Bestimmung eines Fertigstellungstermins der B178 mit 4 streifigem Ausbau des Anschlusses an A4 (eine Weiterführung nach Norden halten wir für nicht hilfreich)
- Fertigstellung / Ausbau der B156 (z.B. Niedergurig) und B115, um die schnelle Erreichbarkeit von Weißwasser zu verbessern
- Weiterer Ausbau B 169 - A 15 und B 98 Riesa – A 13
- Verbindung zwischen A 17 und A 4 mit der S 177 um Pirna bis AS Pulsnitz und Weiterbau der S 106 als Südumfahrung Bautzen
- Schnelle Elektrifizierung der Bahnstrecken Dresden- polnische Grenze (Görlitz) und Görlitz nach Berlin
- Konzept für ein S-Bahnnetz mit Verbindungen z.B. von Dresden nach Bautzen und Kamenz
- Ausbau der Verbindungen Dresden - Berlin und Neubau der untertunnelten Strecke Dresden - Prag
- Bus-Anbindungen an die Gewerbegebiete verbessern, nicht nur am Schülerverkehr orientiert
- Flughafen Dresden mehr zum Drehkreuz von Flug-Bahn-Auto machen

6. Digitale- und Telekommunikation wird als Daseinsvorsorge verstanden!

- Ein flächendeckendes Netz an Telekommunikationsverbindungen (besonders die dauerhafte Erreichbarkeit über die Mobilnetze), gilt es als prioritäre Voraussetzung und Qualitätskriterium für die Attraktivität der Region sicherzustellen
- Starke Datennetze müssen urbane und ländliche Räume verbinden!
Zügig muss das Breitbandnetz so ausgebaut werden, dass bis 2022 alle Gewerbegebiete (wie auch Schulen) entsprechend der Bedarfe angebunden sind.

7. Ein Netz von Bildungs- und Weiterbildungsstätten in den Ankerstädten sichern

- Besondere Bedeutung haben die Berufsschulzentren im ländlichen Raum.
Noch 2019 bedarf es einer verbindlichen Festlegung, welche Berufe wo ausgebildet werden. Ein Pendeln der Auszubildenden in die umgebenden ländlichen Räume ist dem Pendeln nach Dresden vorzuziehen.

- Da die Weiterbildungsbedarfe auch mittelständischen Unternehmen wachsen, muss unter Einbeziehung der Agentur für Arbeit und der örtlichen Bildungsträger auch der nötige Raumbedarf in den Ankerstädten gesichert werden.
- Auch eine überbetriebliche Ausbildung steht erneut verstärkt auf der Tagesordnung.

8. Die Sicherstellung des Wissenstransfers von Hochschulen in die mittelständischen Unternehmen muss zukünftig stärker vom Mittelstand her gedacht und nicht dem Selbstlauf überlassen werden.

- Es kommt darauf an, dass noch mehr innovative Ideen der Mittelständler sowohl im technologischen, technischen Bereich, sowie in Bezug auf Führung und Marketing, von Hochschulen aufgegriffen werden können.
- Dazu erwarten wir von den Parteien, dass sie vom Bund fordern, endlich die steuerliche Forschungsförderung ausschließlich für den Mittelstand einzuführen, um Wettbewerbsnachteile auszugleichen.

**Wir wollen eine handlungsfähige, mittelstandfreundliche Landesregierung und bieten dazu unsere Unterstützung, insbesondere im Zusammenwirken mit dem Politischen Beirat an und stemmen uns gegen jegliche politische Hysterie!
Wir brauchen Lust auf Zukunft, nicht Panikmache!
(www.wirtschaftsregion-dresden.de)**

Verabschiedung zum 19. MiTages – dem Mittelstandstag der BVMW-Wirtschaftsregion Dresden

Bischofswerda, den 26.06.2019

vorgelegt und Redaktion: Wilfried Rosenberg als Sprecher des Politischen Beirates der Wirtschaftsregion Dresden